

20/IX. 1917

Berliner Finanzbrief.

Von Georg Münch.

Berlin, Mitte September.

Noch einer langen Zeit ziemlich ungetriebener Aufwärtsbewegung ist die Berliner Börse jetzt in eine schwächere Stimmung verfallen. Außerlich erklärt sich diese Verschlechterung aus der neuerlichen Erörterung von Friedensmöglichkeiten. Mit dem Herannahen des Friedens würde sich naturgemäß ein Nachlassen der Kriegsmaterialbestellungen ergeben. Außerdem würde die Industrie sich alsdann mit dem Gedanken der Umstellung der Kriegsbetriebe auf die Friedensanfordernisse vertraut machen müssen. Die Periode hoher Ertragsgewinne würde dann für nicht wenige Unternehmen wohl vorbei. Solcher Art sind die Erwägungen in den Börsenkreisen selbst, und sie übertragen sich in dem Augenblick, wo der hohe Kursstand der durch die Kriegskonjunktur begünstigten Aktien ins Wanken gerät, ziemlich leicht auf das in Tagen der Haufe für Mahnungen zur Vorsicht weniger zugängliche Publikum. Es hält nicht allein mit Käufen zurück, sondern sucht auch Industripapiere abzustößen. Schon verhältnismäßig geringfügiges Angebot vermag alsdann das Kursniveau zu drücken.

So etwa ist es in diesen Tagen gewesen. Ob es sich dabei um einen tiefgehenden Umschwung der Börsenstimmung handelt, läßt sich schwer sagen. Uebereilt wäre es jedenfalls, die Dinge so darzustellen wie sie wöllen. Die Tendenz der Börse hat sich in der Kriegszeit bisher stets außerordentlich widerstandsfähig erwiesen. Zeitläufte von Entlastungsverkäufen sind immer wieder bald von solchen, in denen die Kauflust neu erwacht, abgelöst worden. Die weitere Entwicklung hängt zunächst wohl davon ab, ob die Friedensaussichten wirklich eine greifbare Gestalt annehmen.

Allerdings gibt es auch rein wirtschaftliche Momente, die gegen eine unbekümmerte Fortsetzung der Aufwärtsbewegung, wie sie bis vor kurzem im Zuge war, sprechen. Darüber belehrten die Auslosungen, die der Vorsitzende des Aufsichtsrates H a s p e r Eisen- und Stahlwerks, der bekannte westdeutsche Eisenindustrielle Kommerzienrat Peter Klöbner auf der Generalversammlung der genannten Gesellschaft machte. Schon ihr Abschluß hatte eigenartiges Aufsehen erregt. Sie erklärte gleichwie im Vorjahr 16 Prozent Dividende, trotzdem ihr Bruttogewinn eine neue sehr erhebliche Zunahme erfahren hatte. Stellte er sich doch (bei einem Aktienkapital von 13 Millionen Mark) auf nicht weniger als 10,495.000 Mark im Vergleich mit 6,806.000 Mark im Jahre 1915/16 (und 2,127.000 Mark im Jahre 1914/15). Statt die Dividende zu erhöhen, schritt die Gesellschaft indes zu einer Steigerung der Abschreibungen auf 4 1/2 Millionen Mark (gegen 2,943.000 Mark im Vorjahr) und zur Reservierung von 2,113.000 Mark (im Vorjahre 675.000 Mark) für Kriegsgewinnsteuer und ähnliches; überdies besteht sie 917.000 Mark (gegen nur 378.000 Mark vor Jahresfrist) als Vortrag auf neue Rechnung zurück. Die Generalversammlung wurde von Klöbner dazu benutzt, diese überaus vorsichtige Dividendenpolitik zu rechtfertigen. Er tat dies hauptsächlich mit dem Hinweise darauf, daß „die im letzten Geschäftsjahr erzielten Ueberschüsse sich eine längere Zeit hindurch nicht aufrecht erhalten“ ließen. Auf der einen Seite wache die Behörde darüber, daß weitere Preiserhöhungen der Erzeugnisse nicht vorgenommen werden, auf der anderen Seite haben die Werke mit steigenden Löhnen und sonstigen Unkosten zu rechnen. Auch die Einschränkung des Kohlenverbrauchs komme als ein den Betrieb verteuernendes Moment in Betracht. Das hört sich durchaus verständlich an. Klöbner als Aufsichtsratsvorsitzenden von neun großen westdeutschen Unternehmen und als stellvertretenden Vorsitzenden von vier Kohlenwerken steht gewiß ein Urteil über diese Dinge zu. Seine Auffassung war auch im Abschluß des Lothringer Hüttenvereines U m e t z - F r i e d e, dessen Aufsichtsrat Klöbner ebenfalls präsidiert, zum Ausdruck gekommen. Trotzdem hört der Rohgewinn des Geschäftsjahres 1916/17 mit

21,78 Millionen Mark den vorjährigen um 6,8 Millionen Mark übersteigt, wird dieselbe Dividende (10 Prozent) auf das unveränderte Aktienkapital von 58 Millionen Mark verteilt, die Abschreibungen aber werden beinahe verdoppelt, nämlich auf fast 12 1/2 Millionen Mark bemessen, gegen 6 1/2 Millionen Mark im Vorjahr. Ähnliches trat bei noch anderen Werken hervor. Das Eisen- und Stahlwerk S o h n benutzte von seinem 27,6 Millionen Mark (gegen 13,6 Millionen Mark im Vorjahre) ausmachenden Reingewinn über 6 Millionen Mark zu Sonderabschreibungen und ließ dem unveränderten Aktienkapital nur 1,120.000 Mark (24 Prozent gegen 20 im Vorjahre) mehr als im Vorjahr zukommen. Das Stahlwerk B e e l e r in Willeich bei Krefeld hat sich sogar nicht geschont, seine Dividende auf das um 8 Millionen Mark auf 16 Millionen Mark erhöhte Kapital von 30 Prozent auf 25 Prozent zurückgehen zu lassen, dafür jedoch die Abschreibungen von 1,506.000 Mark auf 3,306.000 Mark zu steigern. Die Rheinischen Stahlwerke schütten von ihrem um fast 10 Millionen Mark auf 22 1/2 Millionen Mark erhöhten Gewinn nur 2 Millionen Mark mehr als im Vorjahre (nämlich 12 1/2 Prozent auf 48 Millionen Mark alte Aktien gegen damalige 10 Prozent, sowie 5 Prozent auf 12 Millionen Mark junge Aktien) aus, stellen aber alles in allem rund 8 Millionen Mark mehr als vor Jahresfrist beiseite.

Lehrreich war des weiteren der Abschluß der H o h e n l o s e - Werke. Sie wiesen auf ihr altes Kapital von 60 Millionen Mark einen nur um 850.000 Mark erhöhten Gewinn aus und benützten dieses Mehr voll zu einer Erhöhung der Abschreibungen; die Dividende blieb mit 6 Prozent unverändert.

Der Abschluß der Hohenlohe-Werke ist übrigens noch deshalb besonderer Beachtung wert, als er einen Rückblick auf die Rentabilität der Kohlenproduktion gestattet. Es ist bekannt, daß die Kohlenindustrie von der Re-

gierung stark auf ihre Preispolitik kontrolliert wird. Sie hat die letzten Preiserhöhungen erst mit Mühe durchsetzen können, nicht eher, als bis ihr der Nachweis gelungen war, daß ihre Gewinnmöglichkeit direkt bedroht war. Damit steht es im Einklang, daß die H a r p e n e r Bergwerksgesellschaft für das Geschäftsjahr 1916/17 „infolge erheblicher Steigerung der Selbstkosten, die durch die Preiserhöhung nicht ausgeglichen werden“, einen Rückgang des Erträgnisses im Vergleich mit den Vorjahren zu beklagen hat. Allerdings hatte sie für 1915/16 ihre Dividende von 6 Prozent auf 12 Prozent erhöht. Im günstigsten Falle bleibt sie diesmal unverändert.

(Schluß folgt.)